



Frauenrechte im Fokus der Vereinten Nationen

Frauenrechte im Fokus der Vereinten Nationen
 "Reproduktive Gesundheit bedeutet das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit, wann und wie viele Kinder jemand bekommen will", erläutern Bonacker und seine Ko-Autorinnen. "Regierungen weltweit fördern reproduktive Gesundheit mit dem Ziel, Armut zu reduzieren. Denn - so die Annahme - gesunde Kinder und Erwachsene sind leistungsfähiger und können sich besser entfalten."
 Thorsten Bonacker, Judith von Heusinger und Dr. Kerstin Zimmer zeigen in ihrer Studie, dass das globale Politikfeld der reproduktiven Gesundheit in den letzten zwanzig Jahren zunehmend auf Frauenrechte fokussiert worden ist. Die Rechte anderer Gruppen treten demgegenüber in den Hintergrund.
 Dies habe zur Folge, dass entwicklungspolitische Maßnahmen in erster Linie die Gesundheit von Müttern und deren Kindern in den Fokus nähmen. "Infolgedessen wird Frauen die Verantwortung übertragen, für sich selbst und die Gesundheit ihrer Sexualpartner und Kinder zu sorgen", konstatieren Bonacker und seine Mitverfasserinnen. "Sie alleine stehen in der Pflicht, zu verhüten und sich vor Krankheiten zu schützen." Andere Bereiche reproduktiver Gesundheit, wie etwa Geschlechtskrankheiten, Männergesundheit und Bedürfnisse anderer Gruppen treten in den Hintergrund.
 Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Zentrums für Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg kommen zu dem Schluss, dass sich das globale Politikfeld der reproduktiven Gesundheit im zeitlichen Verlauf in den letzten 20 Jahren stark verändert hat. Zu Beginn stand auf internationaler Ebene ein sehr viel umfassender Menschenrechts-Ansatz im Mittelpunkt. Dieser umfasste die Rechte aller Statusgruppen, etwa von Männern, Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen.
 Doch dieser breite Ansatz hat sich bis zur Verabschiedung der "Millennium Development Goals" im Jahr 2000 stark verengt. Übrig blieb eine Fokussierung auf Mutter-Kind-Gesundheit und die Bekämpfung von AIDS. Der Grund: "Entwicklungsziele werden immer stärker an quantitativer Messbarkeit ausgerichtet, wie etwa die Zahl der Müttersterblichkeit oder aber HIV-Neuinfektionen", erklärt Mitverfasserin Dr. Kerstin Zimmer. "Schwer messbare Ziele wie sexuelles Wohlbefinden und Diskriminierung von Schwulen und Lesben werden an den Rand gedrängt."
 Bei der UN Weltbevölkerungskonferenz von Kairo im Jahr 1994 wurde in einem bemerkenswerten Konsens zwischen 179 UN-Mitgliedsstaaten festgeschrieben, dass jeder Mensch das Recht auf ein befriedigendes und selbstbestimmtes Sexualleben hat. "Dies stellt eine Zäsur in der globalen Bevölkerungspolitik dar", sagt Ko-Autorin Judith von Heusinger. "Dieses Leuchtturm-Abkommen markiert einen Paradigmenwechsel im Verhältnis von Entwicklung und Bevölkerungspolitik."
 Bei der diesjährigen Sitzung in New York rückte die UN-Generalversammlung vor allem die Rechte der Frau auf reproduktive Gesundheit in den Mittelpunkt. "Dadurch werden viele andere Aspekte von sexueller und reproduktiver Gesundheit vernachlässigt", betont von Heusinger. Vor allem die Opposition des Vatikans, einiger arabischer Länder und Länder des globalen Südens hätten zur Verengung des Konzepts beigetragen. "In New York hat man sich jetzt nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt, denn Sexualität ist ein äußerst sensibles Thema und in vielen Gesellschaften mit Tabus besetzt", führt Projektleiter Bonacker aus. So beleuchte die UN lieber die Rechte der Frau, als kulturell sensible Themen wie Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen und Pflichten für Männer anzugehen.
 Das Marburger Forschungsprojekt zu reproduktiver Gesundheit ist Teil eines größeren Vorhabens, das sich mit kulturellen Konflikten in der Entwicklungszusammenarbeit befasst. Gegenstand der Feldforschung in Kambodscha, Kirgisistan und der Ukraine ist, inwiefern global erarbeitete Entwicklungsprogramme zu reproduktiver Gesundheit und AIDS-Prävention auf Widerstand bei lokalen Akteuren stoßen.
 Gerade in Gesellschaften, die lange Zeit nicht-westlich geprägt waren, lösen Entwicklungshilfeprojekte häufig kulturelle Konflikte aus, da diese oft als Verstoß gegen lokale Traditionen und Bräuche wahrgenommen werden", legt von Heusinger dar. "In Kirgisistan etwa sehen wir, dass nationalistische Politiker internationalen Geberorganisationen vorwerfen, durch sexuelle Aufklärungsbroschüren die Schwangerschaftsrate bei Teenagern in die Höhe treiben." Das Projekt wird von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanziert und läuft zunächst bis 2015.
 Originalveröffentlichung: Thorsten Bonacker, Judith von Heusinger
 Kerstin Zimmer (2014): Reproduktive Gesundheit in der Weltgesellschaft zwischen Politisierung und Rationalisierung, in: Berliner Journal für Soziologie, (DOI) 10.1007/s11609-014-0256-5, URL: <http://link.springer.com/journal/11609>
 Weitere Informationen:
 Ansprechpartner:
 Professor Dr. Thorsten Bonacker,
 Zentrum für Konfliktforschung
 Tel.: 06421 28-24574
 E-Mail: thorsten.bonacker@staff.uni-marburg.de
 Judith von Heusinger
 Tel.: 06421 28-24530
 E-Mail: judith.vonheusinger@staff.uni-marburg.de
 Internet: www.uni-marburg.de/konfliktforschung/personal/bonacker/thyssenprojekt/index.html
 Philipps-Universität Marburg
 Biegenstrasse 10
 35032 Marburg
 Deutschland
 Telefon: +49 6421 28-20
 Telefax: +49 6421 28-22500
 URL: <http://www.uni-marburg.de/>

Pressekontakt

Philipps-Universität Marburg

35032 Marburg

uni-marburg.de/

Firmenkontakt

Philipps-Universität Marburg

35032 Marburg

uni-marburg.de/

Die Philipps-Universität Marburg zählt nicht nur zu den traditionsreichsten deutschen Hochschulen, sondern ist auch weltweit die älteste Universität, die als protestantische gegründet wurde. Nahezu seit fünf Jahrhunderten wird hier geforscht und gelehrt.